

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

Kapitalistische Krisenbewältigung

Seit der Weltwirtschaftskrise 2008 zeigt sich deutlicher als je zuvor. Die Banken, ihre Aktionäre, die großen Konzerne und Versicherungen, die Anteilhaber an den großen Fonds usw. bekommen weitere hunderte Milliarden von den Staaten, damit sie weiter noch profitabler ihr Geld vermehren, spekulieren können, wir bezahlen das alles.

In ganz Europa rollt diese Belastungswelle. Bei uns kommt es gerade zu neuen Steuer- u. Preiserhöhungen und insbesondere zu Kürzungen für Arbeitende, Familien, Pflegebedürftige, bei Schulen, Sozialeinrichtungen, bei Arbeitslosen, Studierenden usw. Das neue Budget schröpft die Masse der Bevölkerung um weitere 11 Milliarden € bis 2014. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Aktionäre. Allein 2009 betrugen die Dividenden der ATX-Aktionäre 2 Milliarden. Österreichs 39000 Millionäre besitzen heute schon 550 Milliarden.

PRIVATISIERUNG DER GEWINNE, VERSTAATLICHUNG DER VERLUSTE

Nach diesem Motto zahlen wir, die Steuerzahler, die Verluste der Spekulationen der Banken. 2010 erhielten Österreichs Banken 10 Milliarden, plus Haftungen in Milliarden Höhe. So hat z.B. die Hypo Alpe Adria schon 3 Milliarden erhalten, weitere 4 Milliarden sind uneinbringbar und der Bund, also ungefragt wir, haftet für die Bank mit insgesamt über 19 Milliarden! Wir zahlen, damit ein paar Dutzend Aktionäre keine Einbußen bei ihren Millionen, Milliarden Profiten haben! Die 500 größten Multis kontrollierten 2009 52% des Weltbruttoprodukts, 94 % dieser Konzerne handeln mit spekulativen Finanzprodukten, weil diese ja Gewinne von 10%, 20% und mehr bringen. Es gibt eben kein gutes reales Kapital und ein

„böses“ spekulatives Kapital, es gibt nur das Finanzkapital, nach dessen Pfeife die Regierungen tanzen. Erst wurde vor allem den Banken in Griechenland mit unseren Steuermilliarden „geholfen“, nun den Banken, d.h. ihren Aktionären in Irland. Welches Land kommt als nächstes dran? Portugal? Spanien?

KÜRZUNGEN FÜR SOZIALES - ABER - 4 MILLIARDEN - FÜR EIN BERUFSHEER?

Über die ungeheure Ausplünderung in Friedenszeiten hinaus, werden nun auch die Menschen in Europa immer mehr über Rüstungsfinanzierung und Kriegsvorbereitung für das Finanzkapital zur Kasse gebeten! Denn die europäischen Herrschenden brauchen Geld für ihre Kriege, teils mit den USA und teils in Konkurrenz zu den USA. Und Österreich soll da als EU-Mitglied mitmachen! Dazu soll auch bei uns, wie gerade in Deutschland beschlossen, ein Berufsheer installiert werden. Wiens Bürgermeister Häupl, Bundeskanzler Faymann, Außenminister Spindelegger treten nun offen für die Abschaffung der Wehrpflicht und für ein Berufsheer ein. Quer durch die Parteien wird davon gesprochen. Da 80% der Österreicher für die Beibehaltung der Neutralität sind, wird sogar behauptet, dass ein Berufsheer mit der Neutralität vereinbar sei. Das ist nicht wahr! Nur mittels eines Berufsheers kann die Regierung jedoch die EU-Militär-Vorgaben der Teilnahme an den neuen EU-



Kampfftruppen, den sog. Battlegroups, erfüllen. Unter Ausnutzung des schlechten Images des Bundesheeres hofft die Regierung, ein Berufsheer durchdrücken und damit die Neutralität ohne größeren Widerstand der Österreicher entsorgen zu können! Die Teilnahme an den EU-Kampfftruppen hat Österreichs Regierung still und heimlich – ganz ohne jegliche Volksbefragung, mit Duldung aller Parteien – schon 2004 beschlossen.

EU MILITÄR-STRATEGIE

EU und USA befinden sich im Gleichklang und in Konkurrenz zueinander im Krieg um die Weltherrschaft! Schon 1999 hat die EU die Entscheidung gefällt, eine EU-Eingreiftruppe, in Form von Kampfftruppen für globale Krisen- und Kriegseinsätze, verharmlost als „Friedensschaffende Maßnahmen“ bezeichnet, aufzustellen. 10 Jahre danach hat die EU schon 22 Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in ver-

schiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Wer das nicht glaubt: Der frühere Leiter der EU-Sicherheits- u. Außenpolitik J. Solana hat in der im November 2009 erschienenen offiziellen **EU-Militär-Strategie-Studie für 2020** ganz offen geschrieben: *„Die EU hat sich zu einem Akteur mit globalem Machtanspruch entwickelt u. muss dazu die militärischen Mitteln bereitstellen.“* ... *„Wir müssen über das Personal und die Kapazitäten, sowohl zivil als auch militärisch verfügen, diese politischen Ambitionen zu verwirklichen“* ... *„Die USA und EU müssen in ihren Plänen gemeinsam vorgehen... Jedoch in den Fällen, in denen die USA die NATO nicht zum Krisenmanagement einsetzen will, brauchen die Europäer die Kapazität, alleine zu handeln.“* ... *„Die USA müssen andererseits die EU als wichtigen politischen und militärischen Akteur anerkennen.“* ... Im Übrigen sind die meisten in der neuen EU- Strategie Studie angeführten Bedrohungen identisch mit denen, die schon in der nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die im September 2002 veröffentlicht wurden.

Weiter aus der Strategiestudie: *„Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“* ... *„Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“* ... *„Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“* ... *„Diese entfremdeten modernen Staaten sehen unser globalisiertes System als Bedrohung“* ... *„Die Aufgabe ist es, sie soweit wie möglich umzudrehen“* ... *„Das wird Kapazitäten für harte Machtausübung erfordern.“* ... *„Zu diesen Staaten zählen Nordkorea, Burma und wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“* Link zur Strategiestudie: www.iss.europa.eu/

[media/What ambitions for European defence in 2020.pdf](#))

KRIEGSZIELE

Das bedeutet, die EU rüstet, im Gleichklang mit den USA, gegen Russland und gegen China, denn wenn diese Nordkorea u. Burma, zwei Staaten, die an China grenzen und mit ihm kooperieren, aufs Korn nehmen, meinen sie letztlich China. Das gerade stattgefundene Seemanöver der USA erst mit Südkorea u. danach das größte gemeinsame Marinemanöver der USA mit Japan (44000 Soldaten, 60 Schiffe, 400 Kampfflugzeuge) zeigen das auch deutlich. Der Krieg gegen Russland bis hin zu seiner möglichen Zerschlagung ist schon Teil der US-Weltherrschafts doktrin, die der frühere Sicherheitsberater der US-Regierung Zbigniew Brezinskis 1999 formuliert hat. („Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft“.) Diese Pläne hat G.W.Bush direkt zum Ziel seiner Politik genommen und B.Obama setzt sie fort! Z. Brezinski ist im Übrigen ein Berater von B.Obama.

Das EU-Strategiepapier zeigt, die EU-Militärmacht soll ausgebaut werden, um direkt militärisch für die transnationalen Konzerne, d.h. für das Finanzkapital Kriege zu führen, Kriege die bis hin zu einem Weltkrieg führen können! Dieses Statement der EU ist ein klares Bekenntnis zur Kriegspolitik.

NEUTRALITÄT IM WEG

Und Österreich? Das soll als EU-Mitglied da mitmachen! Deshalb gibt es nun verstärkt die Debatte um das Bundesheer. Unsere Herrschenden wollen unsere Jugend direkt für die EU-Großmächte, für die Interessen des Großkapitals kämpfen und sterben schicken! Schon zweimal im letzten Jahrhundert sind Österreicher für Großmachtinteressen marschiert. Das geht leichter, mit weniger Widerstand, mit Berufssoldaten, mit bezahlten Söldnern. Ein Berufsheer ist weit mehr der Kontrolle der Bevölkerung entzogen. Bei der Wehrpflicht ist es den Menschen schwer zu erklären, wieso sie in Asien, Afrika usw. Krieg führen sollen, wo doch die einzige Funktion unseres Bundes-

heeres ist, unsere Neutralität zu verteidigen. Darüber hinaus sollen dann, im Kriegsfall, doch auch wieder die Österreicher eingezogen werden. Deswegen soll ja bei uns, wie soeben in Deutschland beschlossen, mit der Einführung des Berufsheeres, die allgemeine Wehrpflicht nur ausgesetzt werden.

Die neuen Kampftruppen der Euroarmee sollen den EU-Großmächten den Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einflussphären, in Konkurrenz zu den und in Kooperation mit den USA sichern.

EU-MILITARISIERUNG = RÜSTUNG ZUM KRIEG!

Damit werden sich auch für den militärisch-industriellen Komplex in Europa noch größere Profite aufbauen. Die 4 größten europäischen Rüstungskonzerne machten 2005 schon 40 Milliarden Euro Umsatz, das war damals neuer Rekord. 2008 waren es schon über 70 Milliarden Umsatz bei ca. 770.000 Beschäftigten.

DIE GRÖSSTEN KONZERNE sind:

1. die britische BAE - schon der größte Rüstungskonzern der Welt, sie stellt u.a. Atom U-Boote her;
2. die italienische Finmeccanica;
3. der deutsch-französisch-spanische EADS, der u.a. den Eurofighter, den Kampfpanzer Leopard, Trägerraketen, Lenkflugkörper, Satelliten herstellt, der Konzern ist auch führend in Europa in Aufklärungstechnik, er produziert auch den Airbus;
4. der französische Thales-Konzern. Auch die Atomkonzerne sind Teil des militärisch-industriellen Komplexes, Atomraketen u. AKWs sind ja siamesische Zwillinge. Die meisten Unternehmen sind im militärischen und zivilen Geschäft tätig.

Ein Bereich der nun auch in Europa, ähnlich wie in den USA, immer lukrativer wird, ist der sog. sicherheitsindustrieller Komplex. Für Rüstungskonzerne ergibt sich hier ein lukrativer Zweitmarkt, sie produzieren Sicherheitstechnologie auch für den zivilen Einsatz. Auf diesem Markt treffen sie sich mit IT-Unternehmen. Große IT- und Rüstungsfirmen

wie Thales oder Siemens treiben diese Entwicklung voran. Und die großen EU-Staaten lassen den Konzernen nochmals viel Geld über EU-Förderung zukommen, allein 400 Millionen Euro für Sicherheitsforschung jährlich. Sie sind mit den 5 einflussreichsten Mitgliedsstaaten verwoben, mit Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien.

POLIZEI- UND ÜBERWACHUNGSSTAAT

Die sog. Sicherheitstechnik heißt zu deutsch: Neben der kriegesischen Aufrüstung in Europa bauen die Herrschenden nun auch den Polizei- und Überwachungsstaat mit unseren Geldern zügig aus, dies schon deswegen, weil sei wissen, dass die Menschen mehr und mehr gegen die Ausplünderungspolitik auf ihre Kosten und im Interesse der kleinen Minderheit von Millionen u. Milliarden, die durch Krise, Aufrüstung und Kriege ihre Profite weiter vermehren, rebellieren. Der Ausbau des Staatsapparates zeigt sich u.a. in der Überwachungsverordnung, Lauschangriff, Fingerabdruck, Einschränkung der Versammlungsfreiheit, schärferer Kontrolle der Medien wie zuletzt beim handy und beim Internet.

FEINDBILDER

Um den Menschen ihre Ausplünderungspolitik als in „ihrem“ Interesse zu verkaufen, brauchen sie Feindbilder. Im Gleichklang mit den USA werden uns nun heute auch in Europa vor allem

der „Islam“, aber auch schon China und Russland als die „Bösen“ verkauft, gegen die wir uns „verteidigen“ müssten. Doch kaum wer glaubt in Europa, dass die USA im Irakkrieg die Freiheit des Westens verteidigt, ebenso wenig wie dem deutschen Verteidigungsminister zu glauben ist, der da sagte, „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch (Afghanistan) verteidigt.“ Im Übrigen ist Deutschlands Waffenindustrie heute, 2010, schon der drittgrößte Waffenexporteur der Welt! Seine Ausfuhren haben sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt. Und 95% aller Rüstungsausgaben an die Konzerne bestehen aus staatlichen Ausgaben!

ÖSTERREICHS BEITRAG

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die bei EADS angekauften Eurofighter. Kostenpunkt mindestens 2 Milliarden € Betriebskosten für 2011 ca. 70 Millionen, für 2013 ca. 100 Millionen! Gesamtkosten auf 20 Jahre zwischen 4 und 6 Milliarden €! Der Eurofighter war schon die erste milliarden-schwere Vorleistung für die EU-Kampfftruppen auf Kosten des Sozialstaates. Der Eurofighter ist ein Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für "Kampfeinsätze im Europäischen Verbund", mit einem Einsatzradius "Westbalkan bis hi-

nunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus" zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs.

BERUFSHEER STATT NEUTRALITÄT?

Im Übrigen wird ein Berufsheer schon mindestens das Doppelte kosten, wie die heutige allgemeine Wehrpflicht, d.h. 4 Milliarden Euro, noch ohne all die Folgekosten für die Auslandseinsätze. Als Basis für das Berufsheer sind 15.000 Soldaten geplant. Doch schon beim Eurofighter hat sich gezeigt, dass die Kostenschätzungen weit zu niedrig angegeben wurden. Laut dem EU-Strategiepapier braucht es für einen einsatzbereiten Berufssoldaten jeweils drei Soldaten, also die Kosten für 45.000 Soldaten. Aus unseren Steuergeldern werden im Dienste der Multinationalen Konzerne die Kriege der Euro-Armee mitfinanziert. Ein Berufsheer bedeutet, dass noch mehr unseres Geldes in die Wirtschaft für die Militarisierung gesteckt wird, statt z.B. für Bildung und Soziales. Ein Berufsheer schützt uns nicht, sondern es zieht uns in den Krieg. Der Anschluss an das offensive EU-Militärbündnis ist mit dem Neutralitätsgesetz nicht vereinbar, das ist ein Verfassungsverbruch und somit Landesverrat. Das würde de facto die Abschaffung der Neutralität unseres Landes bedeuten und uns in den Krieg um noch mehr Profite hineinziehen.



Raus aus der Wehrpflicht und rein in ein Berufsheer heißt:

- weitere Milliarden für die Geschäfte der großen Konzerne
- weitere Belastungen auf dem Rücken der ÖsterreicherInnen
- Aushöhlung der Neutralität und hinein in EU- und NATO-Kriege

Reichtum statt Armut verteilen! Bildung statt Rüstung und Krieg!

JA zur Neutralität – NEIN zum Berufsheer

JA zum Sozialstaat – NEIN zum Konzern-, Militär- und Polizeistaat

Widerstand ist unsere Chance – Solidarität unsere Stärke

Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um die Kriegspläne der großen EU-Staaten.

Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Krieg.

Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit für die Profite der Konzerne.



Wie in unserer letzten Ausgabe berichtet, hat sich im Sommer die Plattform **“Öffentliche Gesundheitsversorgung für alle”** gegründet. Die Plattform **“proSV – keine Zerschlagung der Sozialversicherung”** unterstützt diesen Zusammenschluss. Nachfolgend das Grundsatz- und Forderungspapier, das wir gerne zur Diskussion stellen.

Anregungen und Diskussionsbeiträge bitte an uns unter: proSV@akis.at

RECHT AUF GESUNDHEIT

Die Gesundheit der in Österreich Lebenden hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg enorm verbessert. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen hat sich von 1960 bis 2008 von 68,6 auf 80,4 Jahre erhöht (bei gleichbleibender aktueller Sterblichkeitsstruktur). Moderne Behandlungsmethoden sind kein Privileg der Reichen. Das alles ist der Erfolg der Solidarität. Und der Demokratie: so sind etwa die Sozialversicherungen ein Beispiel solidarischer Ökonomie – selbstverwaltet und im Eigentum der Mitglieder. Krankheit wird nicht wie im Mittelalter als individuelles Schicksal missverstanden, sondern als eine gesellschaftliche Herausforderung erkannt.

Doch anstatt Solidarität und Demokratie weiter auszubauen, erleben wir einen Generalangriff der Reichen, der Unternehmen und ihrer Politiker_innen. Der solidarische Charakter der Sozialversicherungen ist heute degeneriert. Die Selbstverwaltung wurde nicht ausgebaut, sondern gestoppt und teilweise wieder zurückgedrängt – oder von den politischen Parteien als Spielplatz mißbraucht. Das Gesundheitssystem ist in weiten Teilen privatisiert: Die Versorgung mit Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräte, Zahnersatz) ist noch immer unsolidarisch organisiert. Auch für Psychotherapie gibt es trotz zunehmender psychischer Erkrankungen nur limitierte Unterstützung. Wer weniger verdient und einen unteren Rang in der Hierarchie der kapitalistischen Arbeitswelt einnimmt, stirbt früher.

Die am meisten belastenden Tätigkeiten mit der geringsten Wertschätzung werden auf MigrantInnen und Frauen abgewälzt. Demgegenüber benutzen nicht selten ÄrztInnen öffentliche

Krankenhäuser für die Werbung von PrivatpatientInnen und die gesellschaftliche Investition in ihre Ausbildung für hohe Zusatzverdienste. MigrantInnen werden als schlecht bezahlte und prekäre Arbeitskräfte in Pflege und Reinigung in Krankenhäusern und als Heimhilfen eingesetzt. Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast in der Pflege kranker Verwandter und alter Menschen. Diese Situation droht sich im Zuge von Angriffen auf die öffentlichen Bereiche des Gesundheitssystems sogar noch weiter zu verschärfen.

Geschäft statt Gesundheit – das ist das Ziel der Regierenden in Österreich. Nicht beste Leistung für alle, sondern höchste Profite für wenige ist ihr Motto. Das Gesundheitswesen wird immer weiter privatisiert, durch Selbstbehalte, eine 2-Klassen-Medizin und rücksichtslose Rationalisierung. Dieser Angriff droht sich durch die Wirtschaftskrise noch zu verschärfen. Wenn es nach ihnen geht, wird Gesundheit künftig das Privileg der Reichen. Dem stellen wir uns entschieden in den Weg.

Wir sind der Meinung: Das Gesundheitssystem muss auf Solidarität beruhen. Es ist als öffentliche Dienstleistung zu organisieren. Hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen müssen besteuert werden. Der Stopp der Privatisierung von Gesundheitsdiensten ist der erste Schritt hin zu einer lückenlosen Versorgung. Ein öffentliches, durch Steuern auf Spitzeneinkommen, Gewinne und Vermögen finanziertes Gesundheitssystem macht beste Medizin für alle möglich.

Ein öffentliches Gesundheitssystem ist billiger als ein privates. In den USA wurden 2007 rund 7.300 Dollar pro Person und Jahr

für Gesundheit ausgegeben. In Österreich dagegen nur 3.700. Während man in den USA 16% des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit aufwendet, sind es in Österreich nur 10%. Die Gesundheitsausgaben bleiben in Österreich langfristig konstant.

Ein öffentliches Gesundheitssystem ist besser als ein privates. Während in Österreich die Menschen durchschnittlich 71,4 Jahre in guter Gesundheit verbringen, tun sie dies in den USA nur 69,3 Jahre lang. Gibt es in Österreich 6,1 Betten auf Intensivstationen pro 1.000 Personen, sind es in den USA nur 2,7. 25% aller Kinder in den USA leben mit unbehandeltem Karies in den permanenten Zähnen. In den USA sterben rund 6 Kinder auf 1.000 Lebendgeburten, in Österreich sterben nur 4.

Die Krise der öffentlichen Systeme ist in Wahrheit eine Krise der privaten. Nicht die Zunahme alter Menschen oder der technische Fortschritt machen es teuer, sondern der übermäßige Einfluss der Pharmaindustrie und Medizingerätehersteller. Die sogenannte „Kostenexplosion“ entspricht zudem nicht der Realität. Seit 1975 ist der Anteil der Ausgaben an der Wirtschaftsleistung fast gleich geblieben. Bei steigender Arbeitslosigkeit und einer sich ändernden Arbeitswelt halten vor allem die Einnahmen der Krankenkassen mit den Ausgaben nicht mit. Ursache ist die unsolidarische Finanzierung: Die Einnahmen der Krankenversicherungen hängen vor allem an den Löhnen und Gehältern. Diese wachsen real deutlich schwächer als die gesamte Wirtschaftsleistung. Viele Probleme zeigen, dass die öffentlichen Systeme verbessert werden müssen. Dies ist aber nur durch deren Weiterentwicklung

möglich und nicht deren Verkauf an andere Interessen.

Warum soll privatisiert werden, was sind die Begehrlichkeiten der privaten Anbieter? Das **Budget der Sozialversicherung beträgt rund 40 Milliarden Euro** und fließt zu 97 % (nur knapp 3 % Verwaltungsaufwand) zurück in Leistungen für die Versicherten. Die Beiträge dafür bringen die arbeitenden Menschen selbst auf. Profit wird in der Sozialversicherung – absichtlich und im Interesse der Versicherten – keiner gemacht. **Die Sozialversicherung ist der größte Non-Profit-Bereich Österreichs. Ihr Budget ist das zweitgrößte nach dem des Bundes.** Daher rührt die Begehrlichkeit der privaten Gesundheitsanbieter und privaten Versicherer, die sich **diesen Markt zugänglich machen** wollen. Die **Defizitdebatte** ist ihnen dabei ein willkommener **Vorwand**.

Woher kommt das Kassen-Defizit? Hauptursache: gesunkene Beitragseinnahmen als Folge von steigender Arbeitslosigkeit sowie immer mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse. Nicht die Kosten explodieren, sondern die Defizite der Krankenkassen. Das Problem ist, dass die Einnahmen sinken. Sie hängen an den Löhnen und Gehältern und die sinken (zugunsten der Profite). **Es gibt KEINE Kosten-Explosion, sondern eine Einnahmen-Erosion.**

Unternehmensschuld Kassende-fizit. Die Unternehmensschulden bei den GKKs betragen 2009 1.200 Millionen Euro. Zudem: in den letzten zehn Jahren musste über eine Milliarde Euro an Sozialversicherungs-Beiträgen als uneinbringlich abgeschrieben werden – diese Summe ist fast ident mit dem Kassendefizit des Jahres 2009 von 1,2 Mrd. Euro.

Die derzeitige Politik wird nicht nur in Österreich, sondern auch auf der globalen und europäischen Ebene gemacht. Die Politik von der Weltbank, der Welthandelsorganisation, der Weltgesundheitsorganisation, der Europäischen Union, unzähliger Think Tanks, Stiftungen und Initiativen wird einseitig von den Interessen großer Konzerne bestimmt. Teure Patente garantieren zum Beispiel hohe Gewinne. Die österreichischen Verantwort-

trägerInnen wehren sich nicht, sondern versuchen davon zu profitieren und orientieren sich an die internationalen Trends. Wir fordern dazu auf, sich dieser Entwicklung zu widersetzen und am Aufbau internationaler Alternativen zu beteiligen, wie im Rahmen des sogenannten „People's Health Movement“ und in der Folge der Konferenzen von Alma Ata und Ottawa, sowie der Versammlungen von Savar und Cuenca.

Rund 80% aller Menschen in Österreich sind gegen eine Schließung von Krankenhäusern und eine eingeschränkte medizinische Betreuung.

Die Privatisierung des Gesundheitssystems wird ohne Mitsprache dieser breiten Mehrheit forciert. Demgegenüber fordern wir: Die Regierenden müssen eine Gesundheitspolitik umsetzen, die von den Bürger_innen selbstverwaltet gestaltet und verteilungsgerecht über Steuern auf hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen finanziert wird.

Gesundheit ist für uns nicht nur eine Sache von Medikamenten und Spitalern. Sie umfasst alle Lebensbereiche (insbesondere auch die Bildung und Kommunikation). Burn-Out, Depressionen und andere psychische Schäden zeigen: Die von Profit und Konkurrenz getriebene und in globalem Maßstab organisierte Wirtschaftsweise macht krank. Sorge um die Gesundheit bedeutet deshalb ebenso, die Arbeit gerecht zu verteilen, zu demokratisieren und zu entschleunigen. Studien zeigen, dass Armut und Hierarchien zu Krankheit führen. Ungesunde Ernährung, Stress, wenig Bewegung, unbefriedigendes Sozialleben, Gewalt und ungleicher Zugang zu Erholungsmöglichkeiten und Wissen hängen eng mit der globalisierten Ökonomie zusammen. Wir fordern daher bessere Bedingungen für andere Wirtschaftsweisen, die auf Solidarität, Kooperation und Gemeinwohl basieren, sowie eine

Umverteilung von oben nach unten und eine Demokratisierung aller Lebensbereiche.



Die Macht der Pharma- und Medizintechnik- Industrie verschmilzt zunehmend mit anderen Wirtschaftsbereichen, wie der Agrar-, Energie-, Chemie-, IT- und Lebensmittelindustrie, sowie anderen „Life Science“ Unternehmen. Gesundheit und Biotechnologie werden zu den letzten großen Wachstumsmärkten gezählt. Deren „Biomacht“ bedroht die Entscheidungsmöglichkeiten der Menschen über ihr eigenes Leben. Durch immer neue Tests werden auch gesunde Menschen zunehmend in das Gesundheitssystem miteinbezogen. Neue Modelle der Versicherungswirtschaft drängen zur Teilnahme an individuellem Gesundheitsmanagement. Die Weitergabe von persönlichen Gesundheits-Daten missachtet die Privatsphäre. Dieser immer umfassenderen und immer konzentrierten Biomacht von wenigen Konzernen muss Einhalt geboten werden. Die Bio-Souveränität der Menschen über ihr eigenes Leben durch individuelle und demokratische Selbstbestimmung ist dem entgegenzusetzen.

WAS WIR WOLLEN: 15 PUNKTE

1. Das Gesundheitswesen orientiert sich am Bedarf. Es dient der Gesundheit der Menschen, nicht dem Profit der Unternehmer. Wir fordern daher: Öffentliche und private Dienstleister

im Gesundheitsbereich müssen nach den Prinzipien der Non-Profit-Organisationen tätig sein. Betriebswirtschaftliches Denken ist durch solidarische Organisations- und Managementmodelle zu ersetzen.

2. Gesundheit beruht auf Gleichheit. Arm gemachte und unterdrückte Menschen leiden unter vermehrten Krankheitsrisiken. Wir fordern daher: Alle Arten von ungleichen Lebensbedingungen in der Gesellschaft sind zu überwinden. Wir fordern daher: Alle Arten von ungleichen Lebensbedingungen in der Gesellschaft sind zu überwinden. Es darf zu keinen Diskriminierungen und es darf zu keinem Ausschluß vom Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung kommen.

3. Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Heute ist nicht für die Gesundheit aller Menschen in Österreich gesorgt und es sind nicht alle notwendigen Gesundheitsdienste öffentlich finanziert. Wir fordern daher: Gleiche und steuerfinanzierte Zugangsmöglichkeiten zu medizinischer Versorgung für alle, die sie brauchen.

4. Gesundheit ist kein Geschäft. Der Einfluss der Life Science-, Pharma- und Medizingeräte-Konzerne auf das öffentliche Gesundheitswesen durch Lobbying ist zu unterbinden. Wir fordern daher: Forschung und Entwicklung für Medikamente und medizinische Technologie sind öffentlich und demokratisch zu organisieren – ebenso wie das Beschaffungswesen in den Spitälern. Monopolpatente sind verstärkt durch frei zugängliche Wissens-Gemeingüter zu ersetzen.

4.a Gesundheitspolitik ist global. Wichtige Entscheidungen, die das österreichische Gesundheitswesen betreffen, werden auf globaler und europäischer Ebene getroffen. Große Konzerne und einseitige Interessen dominieren diese Entwicklung. Die Interessen der Länder des Südens, wie auch der allgemeinen Bevölkerung in Europa, werden dabei hinten an gestellt. Die Systeme benachteiligter Regionen finanzieren die Systeme bevorzugter Regionen. Nur ein Bei-

spiel: Gesundheitspersonal und Pflegekräfte müssen migrieren, während es gleichzeitig global nicht genügend Personal gibt. Wir fordern einen weltweiten Gesundheitsvertrag. Wir fordern einen Rückzug aus der derzeitigen globalen Gesundheitspolitik und den Aufbau solidarischer Strukturen, wie es das weltweite People's Health Movement vor schlägt.

5. Gesundheitseinrichtungen sind öffentliche Einrichtungen. Das Management darf nur Verwaltungsfunktionen im Interesse einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung ausüben. Wir fordern daher: Die Führung der Spitäler und anderer kollektiver Behandlungseinrichtungen muss den Angestellten, den Betroffenen und der interessierten Öffentlichkeit obliegen. Dazu sind demokratische Organisationsmodelle nach dem Vorbild erfolgreicher internationaler Beispiele zu entwickeln. Regelmäßige Skandale zeigen, dass es an der notwendigen sozialen Kontrolle fehlt.

6. Gesundheit braucht Personal und Einrichtungen. Wir wehren uns gegen Schädigung der Spitäler und unserer Gesundheit durch Personalabbau und Outsourcing. Wir fordern stattdessen: Die öffentlichen Versorgungseinrichtungen sind nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen.

6a. Basis-Gesundheitsversorgung ist nötig. Wir benötigen eine umfassende Basis-Gesundheitsversorgung (Primary Health Care), die von den grundlegenden Bedürfnissen ausgehend auch spezialisierte Maßnahmen umfasst. Nicht teure High-Tech Medizin bildet die Grundlage für ein umfassendes Gesundheitssystem, sondern die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse. Nur eine Versorgung, die von unten nach oben geht, anstatt umgekehrt, kann die Patient_innen, das Personal und die interessierte Öffentlichkeit wieder ins Zentrum stellen.

7. Das Gesundheitswesen betrifft nicht nur den Körper, sondern auch die Seele. Wir fordern daher: Psychotherapie muss es für

alle auf Krankenschein geben. Der psychosoziale Sektor muss ausgebaut werden. Die Betroffenen müssen mitentscheiden und Zwang muss abgebaut werden. Der Mensch mit seinen psychischen und sozialen Bedürfnisse muss aber auch in den anderen medizinischen Bereichen im Mittelpunkt stehen. Ausreichend Zeit für PatientInnengespräche muss selbstverständlich sein.

8. Gesundheit beruht auf einer gesunden Lebensweise. Konkurrenzbedingter Stress, Armut und Ungleichheit führen dagegen zu Burn-Out, Depressionen und körperlichen Erkrankungen. Die Betroffenen haben dabei nur einen begrenzten Spielraum und stoßen an die Gesetze der Wirtschaft und des Soziallebens. Wir fordern daher: Den Menschen ist eine gemeinsame Umstellung auf eine gesunde Lebensweise zu ermöglichen. Die Bedingungen am Arbeitsplatz, am Wohnort und in sämtlichen anderen Lebensbereichen sind menschlich und sozial ausgeglichen zu gestalten.

9. Das Gesundheitswesen braucht Ressourcen. Es ist durch Steuern nach dem Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit, also unter überproportionaler Finanzierung aus Spitzeneinkommen, Gewinnen und Vermögen zu finanzieren. (Wertschöpfung als Bemessungsgrundlage)

10. Das Gesundheitswesen unterliegt der demokratischen Entscheidung. Die Entwicklung der Gesundheitspolitik muss von den Betroffenen, der interessierten Öffentlichkeit und den Angestellten im Gesundheitswesen ausgehen. Wir fordern daher: keine gesundheitspolitische Entscheidung der Regierenden an den Betroffenen vorbei.

11. Gesundheit benötigt freie Forschung und Bildung. Die derzeitige Wissensproduktion wird einseitig von kommerziellen Interessen bestimmt. Die evidenzbasierte Medizin muss gestärkt werden. Mit öffentlichen Mitteln erzeugtes Wissen muss ein öffentliches Gut bleiben und darf nicht für Monopolpatente missbraucht werden. Das entstandene Wissen muss frei zu-

gänglich sein. Die betroffenen Menschen sind zum Ausgangspunkt des Forschungsprozess zu machen und an diesem zu beteiligen. Die Universitäten müssen für alle zugänglich sein. Wir fordern Bildung für alle und einen Stop der Ökonomisierung von Gesundheits-Wissen.

12. Soziale Absicherung schützt die Gesundheit. Die soziale Absicherung der Menschen ist lückenhaft und gefährdet deren Gesundheit. Sie muss bedingungslos zur Verfügung gestellt werden. Ein ausreichendes Einkommen darf nicht von einem zerrüttetem Arbeitsmarkt abhängen. Auch der Schutz bei Eintreten einer Krankheit oder Behinderung ist unvollständig und oft willkürlich. Wir fordern die Ausweitung von Krankenversicherung und Invaliditätspension auf alle Betroffenen. Die Sicherung muss möglichst früh ansetzen und nicht erst, wenn es nicht mehr anders geht.

13. Die Betroffenen sind nicht selber schuld! Anstatt der Bestrafung durch höhere Beiträge und andere Disziplinierungsmaßnahmen sind die sozialen Ursachen schlechter Gesundheit zu erheben und zu beseitigen. Eigenverantwortung kann nur einen kleinen Beitrag leisten. 90 Prozent der Erkrankungen resultieren aus den Lebensumständen oder sind genetisch bedingt. Die Betroffenen sind auch keine Gefahr für die anderen Menschen! Wir widersetzen uns dem internationalen Trend, Gesundheitspolitik immer stärker zur Sicherheitspolitik zu machen.

14. Souveränität der Menschen statt Industriediktat. Die zunehmenden Konzentrationsprozesse in der „Life Science“-Industrie gefährden die Demokratie und Selbstbestimmung. Der Biomacht weniger Konzerne muss eingeschränkt werden. Wir fordern die Souveränität der Menschen über ihr eigenes Leben.

15. Eine ganzheitliche Versorgung mit Gesundheitsdiensten ist notwendig. Dies erfordert nicht nur eine verteilungsgerechte Reform der Finanzierung, sondern auch eine Umgestaltung der Behandlungsform. Die 3-Klassenmedizin muss abgebaut werden. Versicherungstechnische Lösungen sind gesundheitsfördernd umzugestalten. Demgegenüber erhalten etwa im Fall der Unfallversicherung viele Betroffene eine „Belohnung“ für einen Knochenbruch anstatt eine Finanzierung der Behandlung. Auf Prävention ist vermehrtes Augenmerk zu legen: Krankheit bedeutet menschliches Leiden und ist deshalb nach Möglichkeit zu vermeiden.

Anregungen und Diskussionsbeiträge bitte an uns unter: proSV@akis.at



Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Saniierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift

"Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

105/10

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

WIKILEAKS WER IST DA DER TERRORIST?

Man muss die Person des WikiLeaks-Chefs nicht mögen, keinesfalls gutheißen was ihm vorgeworfen wird: Vergewaltigung und sexueller Missbrauch. Doch der Zusammenfall dieser Vorwürfe und Haftbefehle mit der Veröffentlichung von geheimen Dokumenten, sei es zum Krieg der USA in Afghanistan und Irak, den Bankenmachenschaften zur Finanzkrise oder der US-Diplomatie und ihrer abschätzigen Sicht auf den Rest der Welt, scheint kein Zufall. Es wird von einem „Cyberkrieg“ gesprochen, der gegen WikiLeaks und seinen Chef geführt wird. Verbannung vom Speicherplatz des Amazon Web-Services, Schließung des Kontos von WikiLeaks beim Bezahlendienst Paypal (über den die etwa 200.000 Dollar die pro Jahr zum Betrieb notwendig sind herein kommen). Was einem nicht passt, wird gesperrt. Früher bezeichnete man einen solche Vorgang mit dem hässlichen Wort Zensur. Bei anderen wird dies scharf kritisiert (China). Wenn man selber betroffen ist zieht man alle Register der Macht. Aber die Weste der USA ist mit solchen Mitteln nicht rein zu waschen. Nach dem Motto „haltet den Dieb“ wird der Öffentlicher der illegalen, menschenverachtenden, kriegerischen und kriminellen Machenschaften der hohen Herrschaften rund um den Erdball verfolgt und nicht die Verursacher der Machenschaften. Die US-Republikaner haben überhaupt gemeint, dass man den WikiLeaks-Chef wie einen Terroristen behandeln und habhaft werden müsse. Also wohlgemerkt: Gehorsam ist die erste Bürgerpflicht – auch wenn sich einige Wenige auf Kosten der immer mehr verarmenden Masse der Bevölkerungen auf der Welt bereichern und den Globus mit Umwelt- und Kriegszerstörung zur Wahrung ihrer „Interessen“ überziehen.

Erscheinungsort Wien P.b.b. Verlagspostamt: 1070 Wien „Sponsoring Post“ Zulassungsnummer: GZ 02Z030772 S

DANK UND SPENDENAUFRAF

Wir haben wiederum an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt. Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abzahlung oder per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen. Danke.

Bei allen unseren Abonnenten und Spendern bedanken wir uns herzlich für die Unterstützung auf die wir im Sinne unseren gemeinsamen Arbeit weiterhin und mehr denn je angewiesen sind. Danke!

Wir wünschen alles Gute für 2011!

Mit solidarischen Grüßen
Österr. Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
SPENDE
ABO

004

004

00079348267+ 000600000>

40+